

Vertraulich !

Kabinettsprotokoll Nr. 67

vom 5. Mai 1919.

Anwesend:

Präsident S e i t z und sämtliche Kabinettsmitglieder.

Vorsitz: Staatskanzler Dr. R e n n e r.

Dauer: 15.00 – 23.45.

Reinschrift (3 Seiten), Konzept, stenographische Mitschrift, Entwurf der Tagesordnung mit den nicht behandelten Beilagen

Errichtung einer staatlichen Lichtbildstelle (4 Seiten)

Vollzugsanweisung betr. Organisation des wirtschaftlichen Inspektionsdienstes (3 Seiten)

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz betr. die Zehrgelder, Ganggelder, Zustell- und Übernachtungsgebühren aus Anlass von Amtshandlungen außerhalb der Amtsgebäude (4 Seiten)

Inhalt:

1. Gesetzesbeschluss der provisorischen Landesversammlung in Niederösterreich, betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung und die Erlassung einer neuen Gemeindewahlordnung für Niederösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut.
2. Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 1 betr. Auszug für den Vortrag des Staatsamtes für Inneres und Unterricht z.Zl. 15.990/19 über den Gesetzesbeschluss der prov. Landesversammlung Niederösterreichs hinsichtlich der Abänderung der Gemeindeordnung und der Erlassung einer neuen Gemeindewahlordnung (1 Seite)

1.

Gesetzesbeschluss der provisorischen Landesversammlung in Niederösterreich, betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung und die Erlassung einer neuen Gemeindewahlordnung für Niederösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut.

Der Vorsitzende teilt in seiner Eigenschaft als Leiter des Staatsamtes für Inneres und Unterricht mit, dass die Landesversammlung in Niederösterreich einen Gesetzesbeschluss, betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung und die Erlassung einer neuen Gemeindewahlordnung für Niederösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut, gefasst hat.

Um die nach den Mitteilungen des Landeshauptmannes *Steiner* zwecke ehester Ausschreibung der Wahlen notwendige unverzügliche Verlautbarung dieses Gesetzes nicht zu verzögern, habe der sprechende Staatskanzler namens der Staatsregierung gegen diesen Gesetzentwurf, der in seinen wesentlichen Bestimmungen dem den Ländern mitgeteilten Musterentwürfe nachgebildet sei und der sohin zu Bedenken keinerlei Anlass biete, eine Vorstellung nicht erhoben und der sofortigen Kundmachung bereits zugestimmt.

Er erbitte sich nunmehr vom Kabinettsrate die nachträgliche Genehmigung dieser Verfügung.

Der Kabinettsrat genehmigt diese Verfügung.

2.

Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, das sich auf Grund der dem Staatssekretär Dr. *Bauer* zugekommenen offiziellen Mitteilungen die Abreise der österreichischen Friedensdelegation nach Frankreich aller Voraussicht nach bereits in den nächsten Tagen als notwendig herausstellen dürfte. Im Hinblick darauf sei eine Beschlussfassung des Kabinettsrates über eine Reihe von Fragen, die sich auf die Zusammenstellung der Delegation sowie auf die Friedensverhandlungen beziehen, dringend geboten. Über Einladung des Vorsitzenden macht sodann Staatssekretär Dr. *Bauer* im Gegenstande Mitteilungen, die durchaus vertraulichen Charakter tragen.

Nach einer eingehenden Debatte, an der sich Präsident *Seitz*, der Vorsitzende sowie nahezu sämtliche Kabinettsmitglieder beteiligten, beschließt der Kabinettsrat von einer Entscheidung im Gegenstande vorläufig abzusehen, die einschlägigen Beratungen am morgigen Tage - und zwar über Einladung des Präsidenten - gemeinem mit dem

Hauptausschusse fortzuführen und die endgiltige Schlussfassung hierüber dem nächsten Kabinettsrate vorzubehalten.

[KBR 67, 5. Mai 1919, Stenogramm]

Nr. 67 vom 5. /5.

[Zugezogen]: Seitz.

Glöckel Boerh.[aave]gasse.

1.

[Renner]: Friedensverhandlungen waren für Montag, 12. in Aussicht genommen. Die Delegierten müssen längstens Freitag abreisen, außerdem [müssen sie] durch [den] Kabinettsrat ihre Instruktionen erhalten. Inzwischen allerdings Sache erleichtert, weil die Verhandlungen mit Österreich möglicherweise etwas später sein werden.

Niederösterreich, beschlossene Gemeindeordnung, nachträgliche Genehmigung erteilt.

Bauer: Vorläufig keine amtliche Bestätigung über die Verschiebung. Daß Vertreter also [am] 12. in S.G. [Saint Germain] eintreffen müssen. Zusammenstellung der Mission. Allizé nicht zu viele, 30 höchstens. Wir sind schon bei 50, massenhaftes Eindringen, sogar Vereine.

Wir können nur einen bevollmächtigen, die anderen sind nur Experten. Bittet dringend, diese Schwierigkeiten nicht noch zu vermehren. Zunächst nur diejenigen, die unbedingt notwendig erscheinen und dann nachschicken, wer noch notwendig sein wird.

[Am Rand]: 6 Herren Äußeres.

Kommission Vorschlag: Leiter Klein, hat sich seit Monaten damit beschäftigt. Klein wären beizugeben drei Sektionschefs: Eichhoff (politische Sektion), Peter (Rechtssektion), Schüller (wirtschaftliche Sektion). Weiter vom Staatsamt des Äußeren Legationsrat Frankenstein und Professor Laun (sehr gut eingearbeitet in Völkerrechtsfragen, im Ausland ziemlich bekannt, vor allem aber in den Fragen des Min.[derheiten]-Rechtes und -Schutzes).

[Am Rand]: Staatsämter.

Andere Staatsämter: bei der ersten Delegation kann man sich beschränken auf sehr wenig Herren.

Finanzen: Brauneis und Patzauer.

Heerwesen (Rüstungsbeschränkung, bei den Fragen der Abschätzung militärischer Grenzsicherung): Oberst im Generalstab Karl Schneller.

Verkehr: Frage der Internationale der Eisenbahn und Binnenschifffahrt: Ministerialrat Müller-Martini.

Die übrigen Staatsämter könnten vorläufig auf eine Vertretung verzichten, weil wir jetzt noch nicht beurteilen können, welche Angelegenheiten schon jetzt im Präl.[iminiar]-Frieden geregelt werden können, die dieses Ressort (Handel) angeht.

Soziale Verwaltung: Arbeiterschutz-Frage wäre vielleicht doch möglich, jetzt noch zurückzustellen.

Als Fachmänner (Experten) für gewisse Fragenkomplexe:

a) Für Fragen des Völkerrechtes: Professor Lammasch (Ansehen der Delegation sehr gehoben; Tochter mitfährt).

b) Für Fragen der Kriegsgefangenen: Wir haben gedacht an General Slatin (intime Beziehungen zu englischen Staatsmännern). Unter der Bedingung, daß Epstein als persönlicher (Privat-) Sekretär mitgegeben wird.

c) Ein Herr aus den Bankkreisen: Professor Landesberger. Prof. Sieger in Graz (Geograph), Hofsekretär Winkler als Statistiker.

Vertreter der einzelnen strittigen Länder, größte Beschränkung unbedingt notwendig:

Deutsch-Böhmen: Lodgman und Seliger.

Sudetenland: Freißler.

Mährisches Anschlußgebiet und Ostrauer Kohlenrevier: Licht. Teufel will reisen, Bauer hält es nicht für möglich, daß Teufel reist.

Schwierigkeiten in der Steiermark: Eine Partei will Kamniker in Radkersburg; früherer Abgeordneter Wastian. Bauer schlägt Kamniker vor.

Kärnten, vorgeschlagen: Dr. Martin Wutte (Geograph und Statistiker), Landesrat Schumy.

Tirol ausnahmsweise drei: jeder der drei Parteien: Abram, Senatspräsident Schumacher, noch nicht definitiv.

Vorarlberg: noch keine Mitteilung.

Deutsch-Westungarn: Die zwei Führer sind in Haft. Der Schutzverein hat vorgeschlagen Dr. Ernst Beer, Rechtskonsulent der zentralen Bodenkreditbank.

Dann kommen noch in Betracht: Sekretäre: drei Sekretäre aus dem Staatsamt für Äußeres; Hilfskräfte, Rechnungsbeamter, zwei Schätzer, drei Kanzleibeamte, drei Maschinenmädels, zwei Diener und ein Curier.

Presse: als Pressechef Pohl, einen Vertreter des TCB, 6 Journalisten. Je eine Stelle vorbehalten [für die] christlichsoziale, Fillinger, großdeutsche, Übersberger, und sozialdemokratische Presse. Die übrigen drei Stellen werden allen übrigen Blättern zur Verfügung gestellt. Die Blätter sollen sich selbst einigen.

Vorgeschlagen werden: Frischauer, NFP [Neue Freie Presse]; Lennhof Steyrermühl; Szeps Elbemühl.

Für den Fall, als Klein zum Leiter bestellt würde, ist es notwendig, ihm einen Titel für diese Dauer zu geben; außerdem Bezüge. Schlage vor, [ihn] für die Dauer dieser Funktion zum a. o. und bevollmächtigten Botschafter [zu ernennen].

Zu einer Vollmacht braucht man ein Siegel und dazu ein Wappen. Es handelt sich noch um die Frage der formalen Bevollmächtigung: Entweder bevollmächtigt man eine Einzelperson oder eine Kommission (mehrere Personen). Mir scheint nur der erste Weg gangbar.

Renner: Über Beschluß [des] Präsidenten und des Staatskanzlers: Mittwoch Vormittag, 10h eine Sitzung, die sich speziell mit den Friedensverhandlungen befassen soll und wozu der Hauptausschuß und dieser lädt das Kabinett ein.

Fink: Es soll doch mit der Partei gesprochen werden.

Renner: Zunächst handelt es sich um eine erste Staffel der Entsendung. [Es besteht die] Wahrscheinlichkeit, daß die Fortsetzung der Verhandlungen in Wien handelt. Es kann nur derjenige die Arbeit leiten, der bis jetzt die ganzen Arbeiten geführt hat. Eine andere Wahl ist gar nicht gegeben.

Bedenken, die von anderer Seite geäußert [wurden]: gegen Eichhoff Bedenken, daß er von den tschechoslowakischen, südslawischen Delegierten als Exponent des alten Systems erscheinen und unliebsam begrüßt wird.

Westungarn: Eventuell Neunteufel.

Bauer: Verein ist gegen Neunteufel.

[Renner]: Titel für Klein wohl notwendig.

Über Wunsch Finks bittet Renner Bauer um eine Äußerung, wann eine Fühlungnahme mit Partei spätestens abgeschlossen sein muß.

Bauer: Unbedingt morgen.

Fink: Auf 11h Club-Sitzung; Klein soll dabei sein, aber nicht Leiter, das glaube ich, wird die Meinung der Partei sein. Eventuell Lammasch dazu.

Schumpeter: Diese Kommission könnte vielleicht in die Lage kommen, ein Dikt.[at] entgegenzunehmen. Mit Verhandlungs-Gewohnheit kann da jemand sehr viel nützen. Sieghart (sachliche Notwendigkeit) der Mann, den wir brauchen. Im Krieg sich nicht exponiert. Ersucht, noch neben Landesberger.

Bauer: 1.) Bestellung des Leiters: ich werde ohne weiteres zustimmen, daß die Vollmacht einer Kommission gegeben wird: Klein und den drei Sektionschefs des Äußeren. Lammasch unmöglich, ebenso einen anderen schlechthin. Würde vorschlagen: nicht einen einzelnen zu betrauen, sondern eine Kommission: Klein, Peter, Eichhoff und Schüller.

2.) Experten für die Abgrenzungsfrage aber keine Landesvertreter.

3.) Befürchtung wegen Eichhoff wird von Bauer nicht geteilt.

4.) Bedauert, wegen Sieghart nicht zustimmen zu können. Landesberger, Reisch, Hammerschlag. Ein Mann mit politischer Leidenschaft und nicht Finanzmann allein.

Begnügen wir uns zunächst mit Landesberger. Wenn nicht gesellig gemacht werden könnte, dann bittet er um einen anderen Mann von Schumpeter.

Frage des Zeitpunktes: Wir müssen morgen also Antwort geben, spätestens übermorgen Vormittag. Politische Instruktion vorher Gegenstand des Hauptausschusses; nicht aber die Persönlichkeiten. Klub aber nur Bericht, Hauptausschuß: zuerst Instruktion und dann die Personen.

Renner: Bestellung der Delegation ist unbestreitbar eine Sache, die der Gesamtregierung zukommt und die sie nicht aus der Hand geben kann. Die Ernennung aller staatlichen Funktionäre bis auf gewisse richterliche Funktionäre geht von der Regierung aus. Eine Verständigung der Parteien ist etwas anderes. Der Akt der Bestellung ist aber ausschließlich ein Akt der Exekutive.

Lammasch krank.

Banken: Bei Landesberger ich habe die Empfindung, daß er den Franzosen nicht ganz congenial erscheint. Ich habe [den] Sieghart-Vorschlag des Schumpeter begreiflich gefunden. Als Mann der Verhandlungen würde er mir sehr empfehlenswert erscheinen.

Hätte die Bitte, die Liste in drei Durchschlägen herzustellen (Bauer).

Schumpeter: Hammerschlag und Reisch [...] II. Kat.

Löwenfeld: Glaubt, nicht notwendig, schon jetzt einen Vertreter seines Amtes [zu entsenden], aber im zweiten Staffeln wird es schon notwendig sein.

Bratusch: Empfiehlt für die Detailfragen des Justizressorts Prof. Walker. Zu erwägen, ob nicht schon jetzt einzubeziehen wäre.

Zerdik: Die Entscheidung über die Instruktion sollte vorausgehen.

Bauer: Ich könnte Instruktionen sofort geben. Die Herren von Volksernährung, Handel und Justiz verlieren nichts, wenn sie nicht gleich fahren.

Renner: Staatssekretär Bauer wird ermächtigt, die Liste den Parteien vorzulegen.

Seitz: Ich bin sehr für die Parlamentsrechte. Aber ich würde mich gerade von diesem Standpunkt aus dagegen verwahren, daß man dem Parlament einerseits das Recht ausüben läßt, die Minister zu wählen und daß man dann den Ministern vorschreibt, welcher Organe sie sich bei der Ausübung des Amtes bedienen. Das Recht des Parlaments auf Kontrolle und das Recht, den Minister zur Verantwortung zu ziehen, würde unmöglich gemacht.

Deutsch: Wir werden morgen zu einem großen Durcheinander kommen morgen.

Zerdik: Auf den Vorschlag Deutschs können wir nicht eingehen. Den Klubs wird, wie schon beschlossen wurde, Mitteilung zu machen sein.

Miklas: Die Parteien werden viel weniger über die Personen verhandeln als Stellung nehmen zu den großen Richtlinien, nach denen wir überhaupt unsere Mission orientieren wollen.

Ellenbogen: Die Richtlinien dürfen nicht in die Öffentlichkeit gelangen.

Fink: Ich war auch nur für die Wahl durch das Kabinett. Richtlinien nur im Hauptausschuß. [Der] Opposition mitteilen? Ich habe die Meinung, daß nur jene Parteien, die in der Verantwortung, mitzuarbeiten haben.

Deutsch: Hält die Mitteilung an den Hauptausschuß für morgen als wünschenswert.

Bauer: Schließt sich Deutsch an. In Fragen der auswärtigen Politik gibt es im klassischen Land keine Opposition. Vor dem Hauptausschuß steht die Sache anders. Man hat nicht drei Parteien getrennt, sondern alle gemeinsam vor sich.

Renner: Die Aufforderung an den Hauptausschuß oder die Parteien kann nur lauten, allfällige Einwendungen gegen einzelne Personen zu erheben. Abstimmung ist ausgeschlossen. 2h ~~Hauptausschuß~~ nur -

Seitz: ~~Die Parlament~~ - 2h Hauptausschuß. Dann 3h Sitzung nach einer Stunde (Aufgebot).

Bauer: Über die Frage des Aufgebotes darf morgen keine Debatte stattfinden. Auf diese Sache darf nicht die Aufmerksamkeit gelenkt werden.

Deutsch: Das müßte gar nicht auf die Tagesordnung des Parlaments gestellt werden. Eine solche Behandlung kann uns nur eine Verlegenheit bereiten. Segré wünscht, daß der Abbau möglichst schnell wieder vorgenommen wird.

Fink: Man muß den Hauptausschuß ersuchen, ob man nicht mit Rücksicht auf die Nähe der Friedensverhandlungen im Hauptausschuß erreicht, daß im Plenum nicht verhandelt wird.

Deutsch: Morgen 4h im Hauptausschuß nach der Parlamentstagung.

Alter Budgetsaal, vom Parlament hierher übersiedeln.

Paul: Die Aushilfskräfte der Eisenbahnen haben seinerzeit eine Gebühr bekommen im halben Monat Februar. Mehrforderungen von den Aushilfskräften der Eisenbahn gestellt worden (6.000 Personen). Eine Reihe von Forderungen glatt abgelehnt worden.

1.) Auszahlung der Teuerungszulage von 12. /2. bis 28. /2. für die am 12. /2. Entlassenen.

2.) Auszahlung der Lohnerhöhung von 2 Kronen pro Tag, welche im April gegeben wurde und die sie nicht erhalten haben, bis 12. /2.

Das ganze macht aus: 146 Kronen pro Mann für 6.000 Leute ungefähr.

Schluß ¾12h.

KRP 67 vom 5. Mai 1919

Beilage zu Punkt 1 betr. Auszug für den Vortrag des Staatsamtes für Inneres und Unterricht
z.Zl. 15.990/19 über den Gesetzesbeschluss der prov. Landesversammlung Niederösterreichs
hinsichtlich der Abänderung der Gemeindeordnung und der Erlassung einer neuen
Gemeindewahlordnung (1 Seite)

ad 1.)

A u s z u g
für den Vortrag im Kabinettsrat.

- Gegenstand:** Von der provisorischen Landesversammlung in Niederösterreich beschlossener Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung und die Erlassung einer neuen Gemeindegewahlordnung für Niederösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut.
- Bemerkungen:** Der Gesetzentwurf ist in seinen wesentlichen Bestimmungen dem den Ländern mitgeteilten Musterentwurfe nachgebildet.
- A n t r a g:** Gegen den Gesetzentwurf wäre eine Vorstellung nicht zu erheben und der sofortigen Kundmachung des Landesgesetzes zuzustimmen.

